



prägnant 30

JUNI 2025

KOALITIONSVERTRAG IM BUND TRÄGT DIE ÜBERSCHRIFT »VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND«! WAS STEHT DRIN ZUR INDUSTRIELLEN ZUKUNFT OST?

Die schwarz-rote Koalition im Bund hat ihre Arbeit aufgenommen. Aus Verantwortung für Deutschland, so schreiben es die Koalitionäre haben sie auf 144 Seiten ihre politischen Vorhaben für die kommenden vier Jahre aufgeschrieben. Auch zur Frage wie es mit Ostdeutschland 35 Jahre nach der deutschen Einheit weitergeht findet sich im CDU/CSU – SPD-Koalitionsvertrag einiges, wenn auch nicht mehr so explizit unter den Stichworten Aufbau Ost, Angleichung der Lebensverhältnisse oder Anpassung der wirtschaftlichen Bedingungen in den neuen Bundesländern an den Westen der Bundesrepublik Deutschland. Vielmehr hat sich die wirtschaftliche, demografische und soziale Entwicklung Ostdeutschlands der des Westens angenähert und subsumiert in der textlichen Aufstellung der politischen Vorhaben bis 2029 in der Gesamtentwicklung des Landes.

Trotz allem haben SPD-CDU-CSU der deutschen Einheit und der dazugehörenden Leistung der Ostdeutschen ein paar anerkennende Zeilen gewidmet:

»Wir feiern dieses Jahr 35 Jahre Deutsche Einheit. In den 35 Jahren seit der Wiedervereinigung haben die Menschen in Ostdeutschland Außergewöhnliches geleistet. Sie haben nicht nur Krisen überwunden, sondern weitreichende Veränderungen selbstbewusst gestaltet.

Mit Mut, Durchhaltevermögen und Innovationskraft haben sie die historische Herausforderung der deutschen Einheit angenommen, auch persönliche Opfer erbracht und ihre Heimatregionen neu aufgebaut. Der Osten hat längst bewiesen, dass Transformation gelingen kann. Darauf wollen wir aufbauen. Wer schon einmal Transformation gemeistert hat, kann auch Zukunft gestalten.«

Auf den Transformationserfahrungen der Ostdeutschen aufbauen zu wollen ist sicher für das ganze Land, welches sich gegenwärtig in einer tiefgreifenden Veränderung seiner industriellen Grundlagen befindet, nachvollziehbar. Die Erfahrungen der 1990er und frühen 2000er Jahre mit Deindustrialisierung, Massenarbeits- und Perspektivlosigkeit für viel zu viele Menschen zwischen Ostsee und Erzgebirge, dienen aber eher als Mahnung, denn als Blaupause der gegenwärtigen Transformation.

Vielmehr gilt es beherzt und mit Tempo die dringenden Probleme im ganzen Land anzupacken.

Auch hierzu hat Schwarz-Rot wichtige Vorhaben verabredet. Diese müssen möglichst vor der Sommerpause 2025 im Kabinett beschlossen und dem Bundestag zugeleitet werden, damit sie im Herbst spätestens ihre Wirkung entfalten können.

Sondervermögen Infrastruktur

»Eine funktionierende Infrastruktur ist die Basis für Wohlstand, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Deutschland braucht deshalb einen Booster bei der Infrastruktur. Das betrifft Krankenhäuser und Schulen ebenso wie Brücken und Schienen. Mit dem Sondervermögen Infrastruktur werden wir unser Land in den kommenden Jahren systematisch modernisieren. Wir sind sicher: Deutschland kann seine Probleme aus eigener Kraft lösen. Diesen Beweis wollen wir als Koalition antreten. Wir wollen in den kommenden vier Jahren zeigen, dass Deutschland wieder nach vorne kommt.

Die Schaffung eines 500 Milliarden Euro starken Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität soll eine entscheidende Weichenstellung für eine langfristige, positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands sein. Sanieren, Bauen, Zukunft gestalten, das ist das Gebot der Stunde. Unser Ziel ist es, durch eine moderne intakte Infrastruktur eine deutliche Steigerung von Wachstum und Wertschöpfung in Deutschland zu erreichen. Aktuelle Zahlen zeigen: Investitionen in Infrastruktur können die Wertschöpfung im Verhältnis eins zu drei steigern, das heißt: Jeder investierte Euro in Infrastruktur lässt das Bruttoinlandsprodukt um fast drei Euro steigen.«

Das 500 Milliarden schwere Sondervermögen für die Infrastruktur ist eine gute Entscheidung. Aber das Geld muss möglichst schnell zu konkreten Aufträgen für die Unternehmen führen. Straßen-, Wohnungs-, Hoch- und Tiefbau-Unternehmen Brücken, Straßen, Wohnungen, öffentliche Gebäude... der Investitionsstau ist gigantisch. Die heimischen Stahlwerke brauchen Aufträge, um wieder positiv in die Zukunft schauen zu können. Ostdeutsche Stahlunternehmen stellen u.a. auch Baustahl her. Hier müssen die öffentlichen Impulse endlich kommen.

Klar ist: Öffentliche Aufträge darf es nur für tarifgebundene Unternehmen geben. Ost-Deutschland hat sich zu einem der wichtigsten Regionen für die Herstellung von Elektroautos entwickelt. Der Hochlauf dieser im PKW-Bereich aus Klimaschutzaspekten betrachtet vielversprechenden Technologie darf nicht länger verzögert werden.

Leipzig, Zwickau, Dresden und Grünheide sind E-Auto Standorte. Auch dort warten die Kolleginnen und Kollegen auf den erforderlichen Hochlauf der E-Mobilität.

Die Verabredungen der großen Koalition sind eine gute Basis, um voranzukommen: **Wir werden die E-Mobilität mit Kaufanreizen fördern.**

Zudem ergreifen wir unter anderem folgende Maßnahmen:

1. Eine steuerliche Begünstigung von Dienstwagen durch eine Erhöhung der Bruttopreisgrenze bei der steuerlichen Förderung von E-Fahrzeugen auf 100.000 Euro.
2. Eine Sonderabschreibung für E-Fahrzeuge.
3. Die Kfz-Steuerbefreiung für Elektroautos bis 2035.
4. Ein Programm für Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen aus Mitteln des EU208 Klimasozialfonds, um den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität gezielt zu unterstützen.
5. Eine Förderung von Plug-In-Hybrid-Technologie (PHEVs) und Elektrofahrzeugen mit Range-Extender (EREV) und entsprechende Regulierung auf europäischer Ebene.
6. Den beschleunigten Ausbau und die Sicherstellung der Finanzierung eines flächendeckenden, bedarfsgerechten und nutzerfreundlichen Ladenetzes und des Schnellladenetzes für PKW und LKW und die stärkere Förderung des gewerblichen Depotladens.

Ostdeutschland verfügt über hochmoderne OEM-Produktionsstandorte und die Weichen sind weiter auf Zukunft gestellt: BMW in Leipzig hat seine Lackiererei Wasserstoff-ready aufgestellt. Was jetzt nur noch fehlt, damit das eingesetzte Erdgas substituiert werden kann ist der Wasserstoff. Die Bekenntnisse zum Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur müssen ebenfalls rasch kommen. Hier muss ein Fokus auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie liegen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur müssen bei den Ausgabenplanungen der Infrastruktur-Milliarden ganz oben auf der »to do« Liste stehen.

»Das Wasserstoffkernnetz muss deutschlandweit die industriellen Zentren anbinden, auch im Süden und Osten Deutschlands. Wir werden den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft beschleunigen und pragmatischer ausgestalten. Im Hochlauf müssen wir alle Farben nutzen. Wir werden umgehend nach Beginn der Wahlperiode ein Gesetzespaket beschließen, das die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) insbesondere für schwer vermeidbare Emissionen des Industriesektors und für Gaskraftwerke ermöglicht.«

Die Energiekosten sind für die ostdeutsche Industrie, vor allem für die energieintensive Grundstoffindustrie ein großes Problem. Stahl- und chemische Industrie stehen am Ausgangspunkt vieler Wertschöpfungsketten. Hier braucht es rasch Entlastung.

Papier ist geduldig. Für die Umsetzung dieser wichtigen Maßnahmen, auf die sich die Koalitionäre geeinigt haben, darf es keinen Aufschub geben.

Industriestandort Deutschland stärken

Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze basieren in Deutschland in besonderem Maße auf einer starken und wettbewerbsfähigen Industrie. Wir gehen mit dem Strompreispaket einen großen Schritt, um wettbewerbsfähige Energiepreise für die Industrie zu gewährleisten. Wir stehen für eine konsequente Ausrichtung aller Bereiche auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit.

Unser Ziel sind dauerhaft niedrige und planbare, international wettbewerbsfähige Energiekosten. Um das Ziel der Kosteneffizienz zu erreichen, stehen wir für einen systemischen Ansatz durch das Zusammenspiel aus dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, einer Kraftwerksstrategie, dem gezielten und systemdienlichen Netz- und Speicherausbau, mehr Flexibilitäten und einem effizienten Netzbetrieb.

Energiepreise

Wir wollen Unternehmen und Verbraucher in Deutschland dauerhaft um mindestens fünf Cent pro kWh mit einem Maßnahmenpaket entlasten. Dafür werden wir als Sofortmaßnahme die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß senken und Umlagen und Netzentgelte reduzieren. Um Planungssicherheit zu schaffen, ist unser Ziel, die Netzentgelte dauerhaft zu deckeln. Wir werden die Strompreiskompensation dauerhaft verlängern und auf weitere Branchen ausweiten. Auch Rechenzentren werden wir einbeziehen. Für die anderweitig nicht weiter zu entlastenden energieintensiven Unternehmen führen wir im Rahmen der beihilferechtlichen Möglichkeiten eine besondere Entlastung (Industriestrompreis) ein. Egal wie der reduzierte Strompreis für die energieintensive Industrie am Ende heißt. Er war bereits 2023 nötig und ist dies heute mehr denn je.

Eigenheimquote, über die Höhe zu erwartender Erbschaften bis hin zur Frage ob Konzernzentralen vor Ort ansässig sind. Deshalb ist die Beibehaltung eines Ostbeauftragten richtig. Darüber hinaus soll die Präsenz Ostdeutscher in Führungspositionen weiterhin gestärkt werden.

»Die Staatsministerin bzw. Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland wird von der SPD gestellt und ressortiert im Bundesministerium der Finanzen.« »Wir wollen die Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen und Entscheidungsgremien in allen Bereichen weiter verbessern. Das Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils an Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung schreiben wir fort und setzen es konsequent um.«

Brandenburg verfügt über einen hohen Ausbaugrad an erneuerbaren Energien. Um diesen Vorteil in einen Wettbewerbsvorteil für die heimische Industrie zu überführen, bedarf es der unbürokratischen Vorort-Nutzung des erneuerbaren Stroms. Hier bleibt der Koalitionsvertrag trotz Absichtserklärung zu vage.

»Hemmnisse bei der Flexibilisierung des Stromsystems müssen abgebaut werden, um die flexible Nutzung von Erneuerbaren Energien sektorübergreifend zu verbessern. Der Ausbau systemdienlicher Speicherkapazitäten und die systemdienliche Nutzung von E-Auto- und Heimspeichern werden wir verstärkt vorantreiben. Bidirektionales Laden und das Laden am Arbeitsplatz werden wir unterstützen. Wir werden die Ansiedelung von großen Abnehmern wie etwa von Speichern und großen Erzeugern Erneuerbarer Energien dort anreizen, wo es dem Netz nützt. Energiespeicher werden als im überragenden öffentlichen Interesse anerkannt sowie im Zusammenhang mit privilegierten Erneuerbaren-Energien-Erzeugungsanlagen ebenfalls privilegiert. Die Mehrfachbelastung durch Steuern, Abgaben und Entgelte wird so weit wie möglich abgeschafft. Die regionale Nutzung ansonsten abgeregelten Stroms wollen wir deutlich erleichtern.«



Protestaktion am 24. November 2023 in Berlin - Foto: IG Metall

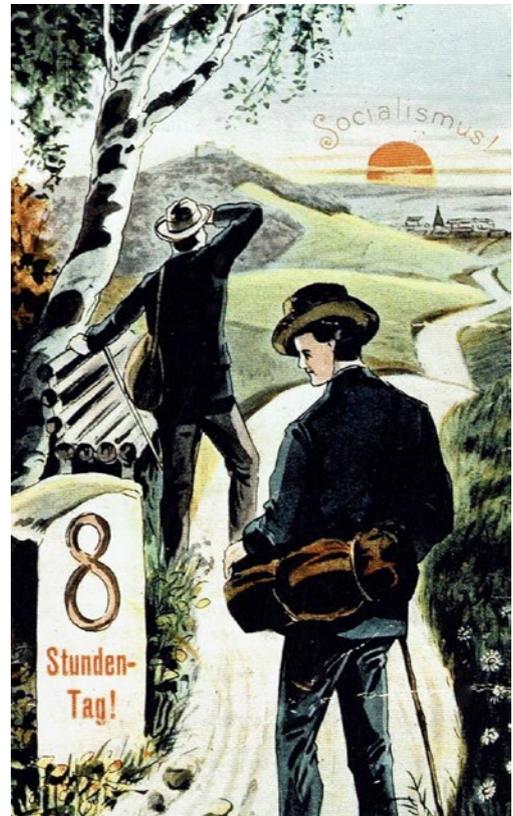
Aber auch personalpolitisch hat die große Koalition für Ostdeutschland ein Zeichen gesetzt. Einige forderten die Abschaffung des so genannten Ostbeauftragten. 35 Jahre nach der Einheit sei dieser Job überflüssig. Dem ist aber nicht so. Nach wie vor gibt es strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West. Diese reichen von der

Arbeitszeit

Die Überlegung die tägliche Hochstarbeitszeitgrenze gegen eine wöchentliche Hochstarbeitszeitgrenze zu tauschen, sehen wir sehr kritisch. Die tägliche Hochstarbeitszeitgrenze dient vor allem dem persönlichen Gesundheitsschutz und sollte nicht angetastet werden. Bereits heute gibt es ein sehr flexibles, tarifvertragliches Regelwerk. Der 8-Stunden-Tag ist eine historische Errungenschaft der Arbeiterbewegung.

»Die Arbeitswelt ist im Wandel. Beschäftigte und Unternehmen wünschen sich mehr Flexibilität. Deshalb wollen wir im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie die Möglichkeit einer wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit schaffen – auch und gerade im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zur konkreten Ausgestaltung werden wir einen Dialog mit den Sozialpartnern durchführen. Wir werden die Pflicht zur elektronischen Erfassung von Arbeitszeiten unbürokratisch regeln und dabei für kleine und mittlere Unternehmen angemessene ubergangsregeln vorsehen. Die Vertrauensarbeitszeit bleibt ohne Zeiterfassung im Einklang mit der EU-Arbeitszeitrichtlinie möglich.«

Ostdeutschland bleibt weiterhin Forderregion im Bereich Strukturpolitik. Wir halten am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse fest.



Bildpostkarte der Arbeiterbewegung um 1900

Quelle: wikipedia.org

Strukturpolitik

»Unser Ziel ist es, mithilfe des Gesamtdeutschen Fördersystems (GFS) gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und strukturschwache Regionen auch über die »Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)« für mehr Wachstum und Beschäftigung zu unterstützen.

Wir werden die Finanzausstattung auf einem hohen Niveau sicherstellen. Bei der zukünftigen Ausrichtung der Struktur- und Regionalpolitik werden wir strukturschwache Regionen besonders adressieren. Die Verteilung der Mittel muss auch nach sozio-ökonomischen Indikatoren erfolgen.«

Ein kurzes Fazit

Der Koalitionsvertrag ist aus Sicht der IG Metall industrie- und transformationspolitisch grundsätzlich solide. Er legt sinnvollerweise die Priorität auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Ob sich die Hebelung privaten Kapitals als erfolgreich zeigt und der angekündigte »Bürokratieabbau« zur Stärkung der Industrie beitragen wird, bleibt fraglich. In vielen Absichtsbekundungen bleibt der Koalitionsvertrag vage. Das Finanzpaket, noch vom alten Bundestag beschlossen, welches die Lockerung der Schuldenbremse und den Aufbau des Sondervermögens für die Infrastruktur vereinbart hat, war eine wichtige Vorarbeit und Grundlage für die geplanten Aktivitäten der kommenden Jahre.

Es gibt keine Abkehr von den Klimazielen. Das ist auch gut so. Der eingeschlagene Pfad Richtung Mobilitätswende, grünen Industrieprodukten, Kreislaufwirtschaft und kurzen Lieferwegen muss ausgebaut werden. Das geplante Sondervermögen (500 Mrd. €, davon 100 Mrd. € für KTF) und Deutschlandfonds schaffen Spielräume und sind wichtige Voraussetzung für Zukunftsinvestitionen. Aber: Alle Vorhaben stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Leider konnten sich CDU/CSU und SPD darüber hinaus nicht auf eine Konditionierung an Tariftreue und Beschäftigungssicherung festlegen, wenn das Sondervermögen im Rahmen von öffentlicher Auftragsvergabe ausgereicht werden soll.

Im Bereich der Energiepreise soll die Senkung der Stromsteuer für alle Verbrauchergruppen kommen. Für die IG Metall ist die Einführung eines Industriestrompreises überfällig. Er soll kommen, wann und wie bleibt aber vage. Die Fortführung und Ausweitung der Strompreiskompensation ist dennoch ein Schritt in die richtige Richtung.

Die neue Kraftwerksstrategie sieht bundesweit 20 neue Gaskraftwerke vor. Diese sollen vorzugsweise an bestehenden Standorten errichtet werden. Dies kann bspw. für die Braunkohleregionen eine gute Lösung sein. Bei der Beschaffung der Gaskraftturbinen sollten robuste local-Content-Regelungen eingeführt werden.

Industriepolitisch sind die Pläne von schwarz/rot vernünftig, um die schwierige Lage der Industrie zu verbessern und die Transformation voranzutreiben. Die Schaffung grüner Leitmärkte muss neben der Förderung der E-Mobilität (Kaufanreize, Sonderabschreibungen, Ladeinfrastrukturausbau) schnell und entschieden umgesetzt werden. Die geplante Kreislaufwirtschaftsstrategie muss rasch umgesetzt werden, hierfür bietet sich Ostdeutschland, auch wegen des Zentrums für Kreislaufwirtschaft in Delitzsch an. Im Bereich der Strukturpolitik soll die Finanzausstattung des gesamtdeutschen Fördersystems (GFS) und der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsentwicklung GRW »auf hohem Niveau« sichergestellt werden. Somit bleibt Ostdeutschland weiter Fördergebiet. Die Bundesförderung der regionalen Transformations-Netzwerke soll über 2025 hinaus gesichert werden.

Kritisch sehen wir, dass keine Fortführung des Gleichwertigkeitsberichts geplant ist. Wir halten aber am grundgesetzlich verbrieften Ziel fest, bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen zu wollen.